

## Meteo-Reform wird teurer Flop

Hohe Kosten für Auslagerung

**Bern.** Der staatliche Wetterdienst MeteoSchweiz soll aus der Bundesverwaltung ausgelagert werden, um seine Wetterdaten vermehrt auf dem freien Markt anzubieten: Das war der Plan des Bundesrats. Politisch ist die Reorganisation jedoch so gut wie gescheitert, nachdem sich dieses Frühjahr sowohl die Finanz- wie auch die Umweltkommission des Nationalrats einstimmig dagegen ausgesprochen haben. Beim Bund sind für die Reform indes bereits beträchtliche Kosten entstanden: Rund 725 000 Franken hat der Bund seit 2010 für die Arbeiten an der inzwischen aussichtslosen Gesetzesänderung eingesetzt. Das zeigt eine Zusammenstellung, in welche die BaZ gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz Einsicht erhielt. Rund 300 000 Franken entfielen dabei alleine auf Honorare von externen Beratern. ac **Seite 4**

BAZ 3.5.2012

## Sehr teurer Versuchsballon

BAZ 3.5.2012

Die gescheiterte Auslagerung von MeteoSchweiz kostet 725 000 Franken

Von Alan Cassidy, Bern

Als politisches Projekt ist die Auslagerung des Bundesamts für Meteorologie und Klimatologie (MeteoSchweiz) chancenlos: Kein einziges Mitglied der nationalrätlichen Finanz- und Umweltkommissionen sprach sich neulich dafür aus, den staatlichen Wetterdienst zu verselbstständigen. Zwar gelangt die Vorlage im Sommer in den National- und anschliessend in den Ständerat. Auch im Innendepartement (EDI) von Bundesrat Alain Berset rechnet jedoch niemand damit, dass die Auslagerung noch zustande kommt. Auf absehbare Zeit wird MeteoSchweiz deshalb weiterhin als Bundesbetrieb tätig sein.

Es ist ein teurer Flop, den sich der Bund mit der letztlich erfolglosen Reorganisation geleistet hat. Recherchen der BaZ zeigen nun, dass sich alleine die Vorbereitungsarbeiten sowie die Kosten für die Erstellung der Gesetzesvorlage auf 725 000 Franken belaufen. Diesen Betrag weist MeteoSchweiz in einer Zusammenstellung auf, die der BaZ gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz zugänglich gemacht wurde.

### Hohe Beraterhonorare

Mehr als die Hälfte dieses Betrags setzt sich zusammen aus Kosten, die durch den Einsatz von internem Personal anfielen. Seit 2010 wurden bei MeteoSchweiz rund 4300 Stunden für die Vorbereitung der Reorganisation aufgewendet, was insgesamt zu Kosten von 426 000 Franken führte. Rund 300 000 Franken setzte der Bund für Honorare von externen Beratern ein. Davon entfielen knapp 200 000 Franken auf «Strategieberatungen». Unterstützung holte sich der Bund auch in Rechtsfragen: Rund 50 000 Franken erhielt für ihre Dienste die renommierte Zürcher Kanzlei Bratschi, Wiederkehr & Buob, wie der Bundesrat bereits nach einer Anfrage im Parlament mitgeteilt hatte.

Die geplante Auslagerung war nur ein Teil von mehreren umfangreichen Reformarbeiten, die in den vergange-



**Unterwegs in sehr dünne Luft.** Das Projekt, den staatlichen Wetterdienst zu verselbstständigen, kommt nicht zustande.

Foto Keystone

nen Jahren mit Kosten von rund 3,6 Millionen Franken zu Buche schlugen. Die meisten dieser Arbeiten seien aber unabhängig vom Rechtsstatus der MeteoSchweiz erfolgt, hält Amtsdirektor Christian Plüss gegenüber der BaZ fest.

### Unabdingbare Vorarbeiten

Besonders die Vorbereitung für die Liberalisierung der Wetterdaten sei «unabdingbar» gewesen und von «grösstem Wert für die Weiterentwicklung und die Anpassung von MeteoSchweiz an die heutigen Gegebenheiten».

Plüss verweist auch auf Massnahmen zur Kostensenkung, die man paral-

lel zum Verselbstständigungsversuch vorgenommen habe. So wurden etwa die Standorte Zürich und Kloten zusammengelegt. Zudem seien der Kontakt zu den Kunden verbessert und die Transparenz erhöht worden.

Die Auslagerung hätte für MeteoSchweiz bedeutet, die Wetterdaten aus seinem umfangreichen Messnetz ab 2014 kostenlos zugänglich zu machen. Um die wegfallenden Gebühren zu kompensieren, hätte der Wetterdienst seine Dienstleistungen vermehrt auf dem Markt anbieten müssen. Dagegen hatten sich vor allem die privaten Wetterdienstleister vehement gewehrt.